Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Stettin: S. Schlutow. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandlg. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner. — Görlitz: O. Müller. — Halle a. S.: J. Barck & Co. — Magdeburg: Robert Kloss. — München: C. Narwatzki. —

Wien: A. Opelik, Stubenbastei 3. — Amsterdam: A. Delamar Ann., Spuistraat 184. — Frankfurt: G. L. Daube & Co. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. — England: G. L. Daube & Co. in London, 30 Fleet Street. — Polen und Russland: Rajchmann & Frendler in Warschau, Senatorskagasse 22.

Nr. 214. **Berlin, Sonnabend den 9. Mai 1885, Abends.** **24. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, anbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihr Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Inhalt der Sonntags-Beilage Nr. 19: Gleiches mit Gleichem. — Vaterländische Erinnerungen: Aussätze in die Prignitz. Von Oskar Schwebel. V. Dom Havelberg. (Schluß) — Mannigfaltiges: Eine erste Römerfahrt im Jahre 1867. Von Anna Böhn-Siegel. Der Mosfus. Die Paradies- und fingenden Fische. — Haus- und Landwirthschaft: Die deutsche landwirthschaftliche Maschinen-Industrie. Schwedisches und deutsches Saatgut. Welches ist die beste Mischung von Klee- und Grassamen auf leichtem Boden, um eine zweijährige sichere Schafhut zu haben ev. mähen zu können, und wie stark ist die Aussaat pro Morgen? — Kleine Mittheilungen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 9. Mai.

Es ist selbstverständlich, daß die Polizei, welcher es obliegt, für die allgemeine Sicherheit zu sorgen, ihr Auge hauptsächlich auf diejenigen Individuen richtet, deren gesetzwidrige Neigungen ihr bekannt sind. Es ist aber unbestreitbar, daß die Polizeiaufsicht, welcher bestrafte Verbrecher nach Verbüßung ihrer Strafe überwiesen werden, bedenkliche Inkonvenienzen im Gefolge hat. Die Ausübung dieser Aufsicht kann nicht wohl anders erfolgen, als daß sie den Betroffenen als einen Bestraften erkennbar macht, sowohl Denen gegenüber, bei welchen er Unterkunft sucht, als dort, wo er Arbeit zu finden gedenkt. Unterkunft wird er gewöhnlich nur an Orten finden, wo Elend und Verbrechen hart nebeneinander wohnen, und die Thür der Werkstatt verschließt sich ihm, sobald die Polizei dort nach ihm recherchirt. Die Folge davon ist, daß der Bestrafte, selbst wenn er mit den besten Vorsätzen die Strafanstalt verlassen hat und vollkommen erwerbsfähig ist, sofort in einen Nothstand geräth, welcher den Antrieb zu neuen Verbrechen gegen das Eigenthum in sich trägt.

In theilnehmender Berücksichtigung dieser Verhältnisse fehlt es auch nicht an humanitairen Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, den Bestrafte den Wiedereintritt in die bürgerliche Gesellschaft zu erleichtern, und glückliche Resultate bleiben nicht aus, wo das Uebel auch nicht an der Wurzel heilen können.

Interessirtes ist durch die Publikation der Biographie des berühmten Rechtsgelehrten und Schöpfers des preußischen Landrechts, Svarez, eine starke Anregung gegeben worden, die Frage wegen der den Bestraften nach Abbüßung ihrer Strafe zu widmenden Fürsorge schärfer ins Auge zu fassen. Es erhellt aus derselben, daß Svarez ernstlich und unausgesetzt darauf drang, sich der Bestraften nach Verbüßung ihrer Strafe wirksam anzunehmen, weil er es für eine Pflicht des Staates anerkannte, die eine hauptsächliche Quelle des Verbrechens, die aus der Arbeitslosigkeit entspringende Noth, durch Arbeitgewährung zu verstopfen.

Die Svarezschen Anträge zielten auf staatliche Errichtung von Werkhäusern, in welchen jeder Arbeitslose Unterkunft und Unterhalt finden sollte, mit der Möglichkeit, durch seine Arbeit die Kosten zu decken, allenfalls auch sich einen Nebenverdienst zu gewinnen.

Was Svarez vor 100 Jahren zur Begründung seiner Vorschläge sagte, paßt auch — sogar in höherem Grade — für die Gegenwart; indessen scheint es uns doch, als ob sein Vorschlag: Errichtung von Werkhäusern, mit den von ihm geltend gemachten Motiven gerade in den wichtigsten Punkten im Widerspruch steht.

Svarez betont mit Recht, daß für die Entlassenen die Schwierigkeit, ehrliche Arbeit zu finden, aus dem Mißtrauen und der Verachtung entspringt, welche dem Bestraften überall entgegen tritt. Wenn Svarez nun allerdings die „Werkhäuser" nicht als Strafanstalten eingerichtet wissen will, so würden sie doch immer als Zufluchtsstätte entlassener Sträflinge gelten und daher für Letztere der Uebergang aus den Werkhäusern in die Werkstätten sich wohl ebenso schwierig gestalten, wie aus den Strafanstalten.

Dann aber scheint es uns in der Natur der Verhältnisse nicht begründet, daß die Sorge um das weitere Fortkommen des in Freiheit gesetzten Sträflings dem Staate zugewiesen wird. Vielmehr würde wohl die Gemeinde in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse sich dieser Sorge hinsichtlich Derjenigen, denen sie die Aufnahme nicht verweigern kann, zu unterziehen haben.

Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten, mit welchen namentlich die großen Kommunen in Folge der neuen Gesetzgebung ohnehin schon zu kämpfen haben — man braucht nur an die Freizügigkeit mit ihren Konsequenzen zu denken — aber wenn schon die Rücksicht auf die der Kommune obliegende Armen- und Krankenpflege gebietet, der Arbeitslosigkeit zu steuern, so müßte die bedenkliche Sorge, in welcher die Bestraften sich nach ihrer Entlassung befinden, ein Sporn der Fürsorge sein, daß hier die Noth nicht zu Verbrechen verleitet, welche das Eigenthum — zunächst der Gemeindeglieder — bedrohen. Den Kommunenadel, welche sich der Sorge entlassener Sträflinge unterziehen, würde es nicht schwer werden, die Mittel der öffentlichen Fürsorge mit den humanen Bestrebungen zu kombiniren, welche von Privatpersonen darauf gerichtet werden, den Bestraften die Rückkehr zu ehrlicher Arbeit zu erleichtern und ehemalige Feinde der Gesellschaft zu nützlichen Dienern derselben zu machen.

Der **Reichstag** überwies in seiner heutigen Sitzung nach kurzer Berathung den Nachtragsetat in die Budgetkommission. Demnächst trat das Haus in die Berathung des von der Kommission vorgelegten Gesetzentwurfs, betr. den Arbeiterschutz in Bezug auf Sonntags- und Feiertagsruhe. Während verschiedene Redner die Annahme des Antrags empfahlen, Andere zuvor weitere Ermittelungen für nöthig hielten, erklärte bei Schluß der Redaktion auch der Reichskanzler Fürst v. Bismarck den Gesetzentwurf für absolut annehmbar.

Das **Herrenhaus** hielt heute seine 19. Sitzung, welcher auch der Reichskanzler Fürst Bismarck beiwohnte. Zunächst ertheilte das Haus auf Antrag des Referenten Grafen v. d. Schulenburg-Angern der Staatsregierung Decharge über die Allgemeinen Ausgaben und Einnahmen pro 1883/84 und trat dann in die Berathung des Verwendungsgesetzes. Der Berichterstatter Ober-Bürgermeister Becker empfahl namens der Kommission die unveränderte Annahme des Gesetzes. An der Generaldiskussion betheiligten sich neben dem Finanzminister v. Scholz die Herren Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode, Frhr. v. Mirbach, Graf Brühl, v. Kleist-Retzow und Frhr. v. Landsberg-Steinfurth. Sämmtliche Redner sprachen sich für die Annahme, Niemand dagegen. In der Spezialdiskussion wurde § 1 in namentlicher Abstimmung mit 92 gegen 27 Stimmen angenommen, in gleicher Weise das Gesetz. Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Präsident lobte die Mitglieder zu einer gemeinsamen Schlußsitzung des Landtags auf heute Abend 7½ Uhr in den Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses. Herr Camphausen (Berlin) bringt dem Präsidenten den Dank des Hauses für die Leitung der Geschäfte dar, welchen dieser, repräsentirend auf die Mitglieder des bisherigen Bureaus und Kommissionen überträgt. Dann giebt der Präsident noch die übliche geschäftliche Uebersicht über die Thätigkeit des Hauses und schließt die Sitzung um 2 Uhr mit einem dreimal vom Hause ausgebrachten Hoch auf Se. Majestät den König die Sitzung gegen 2 Uhr geschlossen wurde.

Nach einem Bericht des Präsidenten des **Reichsversicherungsamts** an den Bundesrath sind die Vorbereitungen zu der Ausführung des **Unfallversicherungsgesetzes,** speziell die Bildung der Berufsgenossenschaften, so weit vorgeschritten, daß das Gesetz vollständig am 1. Oktober in Wirksamkeit treten kann.

Wir brachten kürzlich die Nachricht von der Ernennung des Geh. Reg.-Rath Dr. **Koch** zum ordentlichen Professor an der hiesigen Universität und Leiter des neu begründeten hygienischen Universitätsinstitutes. Ueber seine künftige Stellung zum kaiserlichen Gesundheitsamt erfahren wir, daß er auch fernerhin demselben als ordentliches Mitglied, wenn auch im Nebenamte, angehört, und daß die bakteriologischen Arbeiten des hygienischen Instituts mit denjenigen des Gesundheitsamtes in naher Beziehung bleiben werden.

In dem Aprilheft der „Zeitschrift des Oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Vereins" wird über die Hauptresultate der Statistik des Vereins pro 1884 unter Anderem ausgeführt, daß von der **oberschlesischen Montanindustrie** mit den Ergebnissen des letzteren Jahres die Steinkohlenindustrie habe zufrieden sein können, indem die Gesammtförderung um etwa 5 pCt. gegen das Vorjahr zunahm und der Durchschnittserlös pro Zentner Kohle sich in ungefähr gleicher Höhe erhalten habe. Die Eisenproduktion der oberschlesischen Steinkohlengruben hätte sich aber zum Theil nicht unwesentlich gesteigert, weil überall durch äußerste Einschränkung der Bauten und Ausrichtungsarbeiten wie des Abbaues der weniger lohnenden Flötze die Selbstkosten herabgemildert seien. Nicht so günstig gestaltete sich die Lage der oberschlesischen Eisen- und der Zink- und Bleiindustrie. Die fortschreitende Entwerthung der Produkte war weder durch die Herabmäßigung der Selbstkosten, noch durch die theilweise nicht unerhebliche Produktionssteigerung auszugleichen, so daß fast auf allen oberschlesischen Hüttenwerken eine erhebliche Verminderung der Bruttowerthe der Erzeugnisse und dementsprechend auch der Nettoerträge eintrat. Am auffallendsten gestalteten sich diese Verhältnisse bei der Zink- und Bleiindustrie. Bei Zink fand eine Produktionsvermehrung von 100,000 Zentnern statt, die größte jemals in Oberschlesien dagewesene. Trotz dessen ist durch das Fallen der Zinkpreise der Gesammtwerth des dargestellten Zinks nicht gestiegen, sondern gefallen. Die oberschlesischen Arbeiterverhältnisse gestalteten sich im erfreulichen Gegensatz dazu das ganze Jahr hindurch so günstig als möglich. Bei regelmäßiger Beschäftigung erhielten sich die Löhne im Großen und Ganzen auf dem Niveau des Vorjahres, während die Preise der wichtigsten Lebensmittel, Mehl, Kartoffeln, Zucker, um mehr als 10 pCt. gegen das Vorjahr wichen. Im Allgemeinen darf behauptet werden, daß der Durchschnittsverdienst des oberschlesischen Montanarbeiters reichlich noch einmal so hoch steht als der Durchschnittsverdienst aller übrigen oberschlesischen, nicht bei der Montanindustrie beschäftigten Arbeiter. Im Uebrigen hat die Gesammtsumme der gezahlten Löhne seit dem Vorjahre um 1,500,000 ℳ, seit 1883 um 3,300,000 ℳ — um 8,7 pCt. und um 5,7 pCt. — zugenommen. Da in der gleichen Zeit der Werth der oberschlesischen Montanproduktion um 11 Mill. Mark und um 4 Mill. Mark zurückgegangen ist, so haben die gezahlten Arbeiterlöhne im Vergleich zum Werthe dieser Produktion eine erheblich steigende Tendenz. Eine noch mehr steigende Tendenz verfolgen diejenigen Aufwendungen der oberschlesischen Montan-Gewerbeunternehmen, welche den Arbeitern indirekt zu Gute kommen. So z. B. steigen die Zuschüsse der Grubenbesitzer zu den oberschlesischen Bergknappschaft im Jahre 1880 rund 333,000 ℳ, im Jahre 1884 1,019,000 ℳ. Ebenso sind die Beiträge der verschiedenen oberschlesischen Hütten-Unterstützungskassen gestiegen.

Die Ermäßigung der **Gütertarife,** insbesondere der Kohlentarife, auf den schlesischen Bahnen hat, wie wir hören, allein für den diesseitigen Bezirk der königlichen Eisenbahndirektion zu Breslau, im Jahre 1884 einen Minus-Mehrbetrag von mehr als 1,200,000 ℳ überhaupt, welcher den wirthschaftlichen Kreisen der östlichen Provinzen, zumeist der schlesischen Industrie und Landwirthschaft zu Gute gekommen ist. Wenn hierbei berücksichtigt wird, daß ein namhafter Theil der von der Staatseisenbahnverwaltung eingeführten Ermäßigungen erst im Laufe des zweiten Halbjahres in Geltung getreten ist und daß auch noch im laufenden Jahre in Folge der einheitlichen Berechnung der Gütertarife der neu verstaatlichten östlichen Bahnen nach den Grundtaxen der Staatsbahnen weitere sehr erhebliche Tarifermäßigungen eintreten sind, so lassen sich die finanziellen Wortheile, welche den östlichen Landestheilen durch die Verstaatlichung ihrer früheren Privatbahnen zugeflossen sind, in ihrem Jahresbetrage noch ganz erheblich höher schätzen.

Wie aus London telegraphirt wird, will der „Standard" über einzelne Punkte des **englisch-deutschen Abkommens betreffs der Südsee-Inseln** Folgendes wissen: Die Unterthanen der einen Macht sollen in den Territorien der anderen denselben Schutz genießen, wie ihn die Unterthanen der Macht in jeder Hinsicht gleiche Rechte genießen. Ausgleichszölle sollen nicht eingeführt werden, noch soll die eine Macht die Schiffe der anderen behindern dürfen. Waffen, Munition und Alkohol dürfen nicht verkauft werden. Die Salomon-Inseln, die Neuen Hebriden, die Freundschafts- und Schiffer-Inseln sollen als gemeinsame Felder der Aktion offen bleiben und die Unabhängigkeit derselben nicht beeinträchtigt werden. Die Samoafragen bleiben offen. — Auf Grund des Berichts der Fischerei-Land-Kommission wurden drei deutschen Fischereidampfern Entschädigungen von zusammen 10,000 Pfd. gewährt.

Die „Times" veröffentlicht das nachstehende Telegramm aus Hongkong d. d. 4. Mai:

„China ist bereit, ein Bündniß mit England gegen Rußland einzugehen, falls Afghanistan, Kaschgar oder Korea bedroht werden sollten. China würde seine ganze Streitmacht und zum Losschlagen bereite Nord-Armee sofort gegen das nur schwach vertheidigte Amur-Land entsenden können; die englische Flotte dagegen das Meer von feindlichen Schiffen säubern und die chinesischen Truppen vom Süden her, wo keine Verwendung mehr für sie ist, nach Kagarek oder einem beliebigen anderen Orte transportiren, wo sie gegen Rußland vorgehen könnten. Die chinesische Armee und die chinesischen Befestigungen an der Mandschurischen Grenze dürfen als stark bezeichnet werden. Japan zeigt sich dem im Obigen angedeuteten Abkommen günstig. Die Nordtruppen sind die besten des chinesischen Heeres. Sie sind niemals für den Süden verwandt, sondern für unvorhergesehene Fälle, die sich im Norden ereignen könnten, verfügbar gehalten worden. Die chinesische Flotte besteht einige sehr werthvolle, schwer armirte Schiffe und zahlreiche Torpedoboote. Die chinesische Armee würde durch englische Offiziere geleitet werden, die chinesische Flotte europäische Offiziere haben und unter englischem Kommando stehen."

In der „Post" lesen wir Folgendes:

Die Arbeiterkrisis in den Vereinigten Staaten von Amerika hat in den letzten Jahren bekanntlich zu immer weiter gehenden gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Einwanderung fremder Arbeitskräfte Anlaß gegeben. Nachdem man durch das sogenannte Antichinesengesetz die Konkurrenz der mongolischen Rasse auszuschließen gesucht und zur Erreichung dieses Zweckes im vorigen Jahre noch ein strenges Zusatzgesetz erlassen, hat der Nothstand unter der amerikanischen Arbeiterbevölkerung auch dadurch gefördert, durch strenge Handhabung der sogenannten „pauper"-Gesetze und durch das kürzlich erlassene Verbot der Einführung kontraktlich engagirter Arbeiter dem weiteren Zufluß europäischer Arbeitskräfte entgegenzutreten. Demgleichen das letztere Gesetz nach Inhalt des bezüglichen Motivenberichts namentlich gegen die italienische und ungarische, beziehungsweise slavonische Einwanderung gerichtet ist, deren Konkurrenz dem amerikanischen Arbeiterstande besonders bedrohlich erscheint, so enthalten doch die zu Grunde liegenden Thatsachen auch für die nordeuropäischen Auswanderer eine dringende Warnung.

Alle unparteiischen Zeugnisse stimmen darin überein, daß der betreffende Nothstand in den Vereinigten Staaten nie gekannte Dimensionen angenommen hat.

In der Stadt New-York schätzte man im letzten Winter die Zahl der Arbeitslosen gelegentlich auf 75,000. Alle Arbeitswege waren daran betheiligt. Der Vertreter der Irischen Einwanderungsgesellschaft erklärte, zu keiner anderen Zeit je so viel Schwierigkeiten gefunden zu haben, für Ankommende Arbeit zu schaffen. Die „Gesellschaft für Verbesserung der Lage der Armen in New-York" erhielt während eines Monats 3000 Unterstützungsgesuche, die Verwaltung der Wohlthätigkeitsanstalten während des Januars 10,000 Gesuche um unentgeltliche Verabreichung von Kohle. Während desselben Monats wurden in den Polizeiämtern von New-York 15 bis 16,000 Obdachlose untergebracht. Die Charity Organisation Society der Stadt New-York besitzt Namen und Lebensgeschichte von 45,000 meist eingewanderten oder von Einwanderern abstammenden Familien mit einer Gesammtzahl von circa 190,000 Personen, welche innerhalb der letzten drei Jahre Unterstützungen, wenn auch in beschränktem Maße, empfangen haben. Die Vorsteherin des „Schutzvereins für arbeitende Frauen in der Stadt New-York" hat in einem Monat 9000 Arbeitsgesuche erhalten und will, obwohl sie mehr als 20 Jahre dem Vereine angehört, noch nie eine solche Arbeitsnoth kennen gelernt haben.

Im Monat Februar fließ sich Senator Ingalls im amerikanischen Senate über die Lage der Arbeiterverhältnisse mit folgenden Worten aus:

„500,000 Lohnarbeiter, welche nach Arbeit verlangen, sind in den Vereinigten Staaten zur Zeit ohne Beschäftigung. Mit ihren Frauen und Kindern sind es im Ganzen nicht weniger als 3 Millionen Menschen, welche jetzt mitten in den außerordentlichen Unbilden eines strengen Winters an den nothwendigsten Lebensbedürfnissen Mangel leiden."

Beachtenswerthe Stimmen, namentlich auch von Mitgliedern der staatlichen Einwanderungsbehörden, haben sich bereits für eine allgemeine gesetzliche Suspension der Einwanderung ausgesprochen. Die derartige Bestrebungen Erfolg haben werden, dürfte mehr als zweifelhaft sein. Jedenfalls aber beruht es auf einer Verkennung der Thatsachen, wenn man, wie dies in einzelnen deutschen Blättern geschehen ist, unter Hinweis auf den Umstand, daß das neueste amerikanische Gesetz nur gegen die Einwanderung unter Kontrakt gerichtet ist, der freiwilligen Auswanderung nach den Vereinigten Staaten noch ferner das Wort reden zu können glaubt. In den Kreisen der Auswanderungslustigen — nicht allein Deutschlands, sondern auch anderer Staaten — scheint sich übrigens, wie das bestätigte Ziffern der Auswanderungsziffer zeigt, die richtige Erkenntniß der Dinge mehr und mehr Bahn zu brechen.

Rundschau im Auslande.

Die Opposition des **englischen** Unterhauses will den Premier doch nicht so ganz leichten Kaufes davonkommen lassen. Zwar hat sie nicht gezögert, aus allgemeinen, patriotischen Rücksichten zu der Bewilligung des Elf-Millionen-Kredits Ja und Amen zu sagen, nun aber, nachdem die Kriegswolken sich verzogen haben, erscheint den Tories die Gladstonesche Politik wieder in dem alten, tadelnswerthen Lichte, und sie möchten dem Kabinet die Verfügung über den Kredit nachträglich verleiden. Gestern kündigte gestern der Führer der Unionshausopposition, Sir Stafford Northcote, für nächsten Montag einen Antrag an, welcher bezweckt, dem Premier die Verfügung über den Elf-Millionen-Kredit so lange vorzuenthalten, bis das Haus über die Zwecke seiner Verwendung informirt sein werde. Diese Information könnte sich der Antragsteller ohne große Mühe aus den Thatsachen schöpfen. Obschon gegründete Hoffnung auf Bewahrung des Friedens vorhanden ist, will man in Portsmouth auf Befehl der Admiralität die Ausrüstung der Flotte fortgesetzt, damit die Schiffe, deren Indienststellung angeordnet worden, spätestens am 7. Juni zum Auslaufen bereit sein können. Die Anordnung für den Wiedereintritt von pensionirten Offizieren in die Marine ist ebenfalls noch nicht rückgängig gemacht worden. In Flottenkreisen glaubt man, die Admiralität gehe mit dem Plane um, die Schiffe veralteter Bauart, wie beispielsweise der „Minotaur", durch moderne Panzerschiffe zu ersetzen und, sollte der Friede gesichert werden, im Sommer eine große Flottenschau auf der Rhede von Spithead zu veranstalten.

Es stand zu erwarten, daß die von Lord Salisbury am Donnerstag im englischen Oberhause zum Besten gegebene Darbanellentheorie auf **russischer** Seite nicht stillschweigend hingenommen werden würde. In der That hat das „Journal de St. Petersbourg" alsbald Front wider den Versuch des englischen Staatsmannes gemacht, die Darbanellenfrage ihres internationalen Charakters zu entkleiden. Es beharrt, der Autorität Salisburys zum Trotz, bei dem Glauben, daß die Frage der Schließung der Meerengen eine europäische Frage sei, und zweifelt, daß die Auffassung des Lords bei den übrigen Signatarmächten Anklang finden werde. Sehr mit Recht fragt übrigens das „Journal", wer denn eigentlich entscheiden solle, wann der Sultan unter dem Druck einer fremden Macht handelt — und erklärt sein Erstaunen, wie ein Staatsmann, und obendrein ein konservativer, ernsthaft solche Behauptungen über den Werth eines Vertrages aussprechen könne.

Aus der gestern zu Ende geführten Kolonialdebatte der **italienischen** Deputirtenkammer ist das Ministerium noch leidlich davongekommen. Die Opposition führte eine sehr feste und durchschlagende Sprache, welche regierungsseitig nur dadurch überboten wurde, daß Depretis selber das Wort ergriff und die Solidarität des ganzen Ministeriums mit Hrn. Mancini erklärte. Depretis versuchte gar nicht einmal, die Argumente der Gegner im Einzelnen zu entkräften, sondern zog sich auf das Gebiet der Allgemeinheit zurück, betonte, wie wichtig es für Italien sei, an der Allianz mit den zentralen Mächten festzuhalten und hatte für die Frage nach der Zukunft der italienischen Politik in Afrika nur die Antwort, daß die Regierung zur Vertheidigung der italienischen Fahnenehre entschlossen sei. Schließlich nahm die Kammer ein von Depretis gebilligtes Vertrauensvotum an, welches besagt, daß die Kammer von den Erklärungen des Ministeriums Akt nehme. Mancini hatte ein bestimmtes und klares Votum der Kammer gefordert.

Im **Sudan** scheint die vollste Anarchie an der Tagesordnung zu sein. Dem „Abbar" wird aus Dongolah getchrieben:

„Eine aus Tendelti in Darfur hier eingetroffene Karawane, welche den Weg über Kordofan nahm, brachte uns erschütternde Nachrichten aus diesen beiden Ländern, in denen heute die vollste Zügellosigkeit herrscht und das Blut der Gläubigen in Strömen fließt. Kordofan und Darfur gleichen heute schwülich einem großen Schlachtfelde, auf dem sich drei Gegner gegenseitig bekämpfen und zerfleischen. Während nämlich Mohamed Achmed mit seinen Horden im Norden Kordofans haust, befindet sich der Süden dieser Provinz mit der Stadt Obeid in den Händen des neuen Mahdi, der ein Schreif (Nachkomme des Propheten) ist und bis vor Kurzem den Sudan als Beitelderwisch durchzogen hat. Er behauptet, er sei der wirkliche Mahdi und Mohamed Achmed blos der Mutemahdi (Vorläufer des Mahdi) und habe dieser ihm daher jetzt alle bisher eroberten Städte und Gebiete auszuliefern. Mohamed Achmed beruft sich jedoch auf eine Stelle der Sunnah (Ueberlieferung), in der es heißt, daß der Mutemahdi dreimal sieben Jahre regieren und daß dann erst der wahre Mahdi erscheinen werde. Zugleich hat er, um seiner Behauptung mehr Nachdruck zu verleihen, seinem Statthalter in Darfur den Befehl ertheilt, mit 6000 Mann in Kordofan einzurücken, und den neuen Mahdi vom Süden her anzugreifen. Statt 6000 Mann brachte aber der Statthalter blos 800 Mann zusammen, mit denen er nun südlich von Obeid ein Lager bezogen hat und hier die Ankunft seines Gebieters vom Norden her erwartet. So wird Kordofan jetzt von drei feindlichen Armeen geplündert und gebrandschatzt."

Im weiteren Verlaufe der Sitzung vom Ausschuß des **Vereins zur Wahrung der wirthschaftlichen Interessen von Handel und Gewerbe** am 7. d. unterbreitete der Vorstand die Eingabe zur Berathung und Beschlußfassung, welche bekanntlich unter dem 27. März d. J. in Bezug auf den Antrag von Shorlemer-Alst, v. Kardorff und Genossen in Sachen der Währungsfrage an den Fürsten-Reichskanzler gerichtet hatte. Herr Generalkonsul Russell referirte, indem er nachwies, daß der Vorstand in der Eingabe die Antheil über die zweifelhafte Frage, welcher Währung der Vorzug zu geben sei, durchaus nicht geäußert habe. In ausführlicher Weise legte der Herr Referent aber dar, daß die Einführung einer vertragsmäßigen Doppelwährung ohne England von weittragendem Nachtheil, besonders für Deutschland, begleitet sein würde, und daß das Petitum des Vereins nur dahin gerichtet sei, eine solche Maßregel abzuwenden. Der Herr Referent nahm sodann besonders Veranlassung, nachzuweisen, daß die in einer Eingabe der Industriellen des Regierungsbezirks Köln enthaltenen und gestern die Eingabe des Vereinsvorstandes gerichteten Bedenken und Ausführungen unrichtig sind und daher zurückzuweisen werden müssten. Der Herr Referent giebt ferner seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß das Sinken der Preise aller Waaren, deren Produktion lediglich vermehrt werden könne, nicht mit der Währungsfrage zusammenhänge, sondern auf andere wirthschaftliche Gründe zurückzuführen sei. Der Ausschuß beschloß einstimmig, in einer Eingabe an den Herrn Reichskanzler sein volles Einverständniß mit der Eingabe des Vorstandes vom 27. März d. J. auszusprechen, und das bereits vorbereitete Schriftstück wurde sofort von allen anwesenden Mitgliedern unterzeichnet. Das von dem Ausschuß mit äußerstem Interesse entgegengenommene Referat des Herrn Generalkonsul Russell wird voraussichtlich dem Wortlaut nach veröffentlicht werden.

Bei Gelegenheit der geschäftlichen Mittheilungen zeigte der Herr Vorsitzende dem Ausschuß noch an, daß Herr Buck am 1. Juli nach Beendigung des ihm seitens der Düsseldorfer Vereine ertheilten Urlaubs aus der Geschäftsführung ausscheiden und nach Düsseldorf zurückkehren werde.

Parlamentarisches.

— Der Reichskanzler hat an die Mitglieder des Reichstages Einladungen zu einem Frühschoppen am Dienstag den 12. d. ergehen lassen. Die Blätter meinen in diesem Faktum ein sichtbares Zeichen des bevorstehenden Endes der Session erkennen zu müssen.

* Der Schluß des Landtages wird heute Abend erfolgen. Zu diesem Zwecke sind in Folge des Ersuchens des Vizepräsidenten des Staatsministeriums v. Puttkamer die Mitglieder beider Häuser des Landtags behufs Entgegennahme einer Allerhöchsten Botschaft zu heute Abend 7½ Uhr zu einer vereinigten Sitzung nach dem Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses eingeladen worden.

— Dem „Westfäl. Merk." wird aus Berlin geschrieben: „Am 4. d. M. fand im Hotel Romanisches Cafe der Zentrumsfraktion des Reichstages und Abgeordnetenhauses statt, welches zahlreich besucht und sehr animirt war. Auch die Fraktion der Polen nahm Theil. Zunächst brachte der Freiherr v. Schorlemer in warmen Worten die Grundheit von Erzellenz Windthorst und dieser jodann mit gleicher Wärme die Gesundheit des Centrum und des Fürsten v. Bismarck aus. „Wie im Plenarklub!" bemerkt dazu die „National-Zeitung."

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser und König konferirte gestern Nachmittag auch noch längere Zeit mit dem Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten Dr. Lucius. Abends besuchte Allerhöchstderselbe mit Höchseiner erlauchten Tochter, der Frau Großherzogin von Baden, die Vorstellung im Opernhause und nahm mit dieser auch später nach dem Schluß der Oper im königlichen Palais gemeinsam den Thee und das Souper ein. — Heute Vormittag empfing Se. Majestät der Kaiser den General der Kavallerie und Chef der Landgendarmerie v. Rauch vor Antritt dessen Urlaubs, bes. Dienst- und Besichtigungsreisen, den zum Generalarzt des 6. Armeekorps ernannten Generalarzt 2. Klasse Dr. Strube und den Hauptmann Helmke, kommandirt zur Dienstleistung beim 3. Ostpreußischen Grenadierregiments Nr. 4, und hörte die Vorträge des Hofmarschalls Grafen Perponcher und des Geh. Hofrathes Bork. Mittags arbeitete Se. Majestät der Kaiser mit dem Vertreter des Chefs des Militairkabinets, dem Oberst und Flügeladjutanten v. Brauchitsch, sowie auch mit dem General-Quartiermeister Grafen v. Waldersee und konferirte mit dem Chef der Admiralität, Generallieutenant von